

Widerstand gegen die Abwrackprämie wächst

Während die Regierung nur noch über die künftige Höhe der Subvention berät, erschallt aus der Unionsfraktion der Ruf: „Wrack die Prämie ab!“

mas. BERLIN, 3. April. Die Abwrackprämie in der vollen Höhe ist nur bis Ende Mai gesichert. Während die Bundesregierung über die Modalitäten der Fortführung bis zum Jahresende ringt, wächst der Druck aus der Unionsfraktion, die Subvention zu beenden. „Wrack die Prämie ab!“, forderten ihr haushaltspolitischer Sprecher Steffen Kampeter und der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand, Michael Fuchs, gegenüber dieser Zeitung.

„Bis zum 31. Mai wird auf jeden Fall eine Förderung von 2500 Euro je Altfahrzeug gezahlt“, hob der stellvertretende Regierungssprecher Thomas Steg am Freitag hervor. Dass eine Halbierung geplant sei, wollte er nicht bestätigen. Er könne nur eine höhere Prämie ausschließen. Klar ist nach seinen Worten außerdem, dass es eine Abwrackprämie bis zum Jahresende geben wird. Eine Ausdehnung auf Lieferfahrzeuge und andere Produkte wie beispielsweise Kühlschrankschlösser aus.

Kampeter und Fuchs kritisierten ungewöhnlich deutlich die Absicht der Bundesregierung, die Abwrackprämie zu verlängern. „Damit zementiert sie die einseitige Subvention eines einzigen Wirtschaftszweiges.“

Niemand könne ernsthaft behaupten, dass man sich ihm gegenüber knausig gezeigt habe: Reche man die zeitweilige Befreiung von Neuwagenkäufen von der Kraftfahrzeugsteuer, ihre schadstoffbezogene Umstellung sowie die üppigen Sonderförderprogramme für Elektromobilität hinzu, dürfte sich der warme Regen des Steuerzahlers zusammen mit einer erweiterten Abwrackprämie bald schnell auf 5 Milliarden Euro addieren. „In wenigen Wochen sind hier also Hilfen für einige Auserwählte geflossen, die dem Entlastungsvolumen der gesamten Unternehmenssteuerreform 2008 für alle entsprechen.“

Nur die Hälfte ist finanziert



Die beiden CDU-Politiker widersprachen dem Argument, die Hilfe finanziere sich durch die mit dem Neuwagenkauf gezahlte Mehrwertsteuer von selbst. „Da bekanntlich jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann, handelt es sich bei der vermeintlichen Selbstfinanzierung durch Mehrwertsteuereinnahmen um eine Milchmädchenrechnung.“ Die zusätzlichen Ausgaben der privaten Haushalte für Neuwagen fielen an anderer Stelle weg – und damit auch die damit verbundenen Umsatzsteuern. „Der momentane Ansturm in den Autohäusern klingt nach erfolgreicher Konjunkturpolitik, ist bei Lichte betrachtet aber bloß ein teures Strohhalm, das unseren Verstand nicht blenden sollte.“ Auch die ökologische Lenkungswirkung weist ihre Einschätzung nach in die Irre. „Die klimapolitische Bilanz etwa beim Austausch alter Heizkessel oder stromfressender Kühlschrankschlösser dürfte größer sein. Wollen wir dafür als Nächstes ebenfalls Gutscheine verkaufen?“

Wirtschaftspolitik sei nicht die populäre Subventionierung eines Wirtschaftszweiges bei gleichzeitiger Vernachlässigung anderer, in der Summe nicht weniger wichtiger Wirtschaftszweige, gaben Kampeter und Fuchs zu bedenken. „Billigend wird in Kauf genommen, dass eine solche Sektorsubvention auf eine Volkswirtschaft verheerend wirkt.“ Während alle auf die Automobilindustrie starrten wie das Kaninchen auf die Schlinge, fehlte immer noch ein Konzept für die gesamte Wirtschaft. Billigend werde in Kauf ge-

nommen, dass eine solche Sektorsubvention auf eine Volkswirtschaft verheerend wirken. Überkapazitäten wurden nicht abgebaut. Die Ressourcen nicht in bessere Verwendungsrouten umgeleitet. Innovationspotentiale nicht genutzt und den Arbeitnehmern dieser Branche eine Sicherheit ihrer Arbeitsplätze vorgegaukelt. Darüber hinaus sei zu beobachten, dass in der globalisierten Welt nicht uner-

Das große Wracksausen
Die Lounge, Seite 13

hebliche Teile der Subventionen an ausländische Hersteller abfließen, während die heimischen Produzenten – bei Autos gerade auch von sogenannten Nobelmarken – weitgehend leer ausgingen. „Warum aber der deutsche Steuerzahler ausländische Produzenten umfangreich subventionieren soll, hat bislang noch keiner erklären können.“

Die Abgeordneten mahnten, bei aller Begeisterung für die Abwrackprämie die Folgen nicht aus den Augen zu verlieren. Den Preis dafür müssten die Bürger selbst zahlen, wenn auch erst in einigen Jahren. „Die Befürworter der Abwrackprämie müssen nun Ross und Reiter nennen, wie sie damit umgehen wollen: Ausgabenkürzungen auch im Sozialen oder Steuererhöhungen in unterschiedlichen Bereichen oder kalte Entwertung durch Inflationsdruck.“

Listenplätze

Von Heike Göbel

Im Förderrausch

Von Manfred Schäfers

Im Geschichtsbuch sehen sich die Gipfelteilnehmer von London schon. Was wird dort über ihren heroischen Sieg über die Steueroasen stehen? Ob sich später mancher wundert, wie es den Gipfelstrategen gelungen ist, den Kampf gegen Steuerhinterziehung ins Zentrum eines Treffens zu rücken, das die Lösung einer Weltfinanzkrise zum Ziel hat? Das eine hat mit dem anderen jedenfalls weniger zu tun, als die Staats- und Regierungschefs glauben machen wollen, die sich den Steuerfragen teils mit größerer Inbrunst widmeten als sperrigen Systemreformen. So sind nun wie durch Zauberhand fast alle Länder, die eben noch als unkooperative Fluchtburgen für Steuerhinterzieher am Pranger standen, von der schwarzen Liste der OECD verschwunden – wie die chinesischen Hoheitsgebiete Hongkong und Macao – oder blütenweiß wieder aufgetaucht wie die Kanalinsel Guernsey, Nur Costa Rica, Malaysia, Philippinen und Uruguay sperren sich noch gegen jede Hilfe in Steuerverfahren. Wer hier sein Geld vor dem Fiskus „in Sicherheit“ wohnt, muss schon ziemlich verzweifelt sein. Glaubt man der Liste, hat sich das Steueroasenproblem also erledigt. Womit will der Bundesfinanzminister jetzt Wahlkampf machen?

Es ist leichter, eine neue Subvention in die Welt zu setzen, als eine zu beenden. Das Trauerspiel um die Abwrackprämie bestätigt dies nur zu gut. Erst sollten die Mittel nach dem Windhundverfahren verteilt werden, nun geht die Jagd weiter. Das Ziel ist längst erreicht, der Fördertopf leer, die avisierte Zahl staatlich bezuschusster Autos bestellt – doch das hält die Bundesregierung nicht davon ab, nachzulegen und einen Blankoscheck auf Kosten der Staatskasse auszustellen. Bis Ende Mai gibt es erst einmal weiter die volle Prämie, was danach kommt, soll nächste Woche entschieden werden. Bis zum Jahresende will man den Neuwagenkauf auf jeden Fall subventionieren. Die Kosten blendet die Regierung aus. Doch wie stets im Leben hat auch das muntere Geben seinen Preis: weniger Konsumausgaben für andere Dinge, zurückgehende Autokaufe im nächsten Jahr, eine wachsende Staatsschuld. Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen sind damit absehbar, so wie der Kater dem Rausch folgt. Da dies erst nach der Bundestagswahl sein wird, neigt die Politik dazu, dies zu verdrängen. Die Party stört allein die Stimme der Vernunft aus der Union, die sich jetzt gemeldet hat. Ob sie gehört wird?

Heute

Die Beschlüsse von London

Die Staatschefs der G-20 haben sich zu einer Wirtschaftsstruktur bekannt, die einer Sozialen Marktwirtschaft im Weltmaßstab entspricht. Die Beschlüsse im Überblick. Seite 12

Gitarre statt Klavier

Auf der Frankfurter Musikmesse werden auch in diesem Jahr keine Molltöne angestimmt. Aber die Freude der Instrumentenbauer wird getrübt. Am härtesten trifft es bislang die Klavierbauer. Seite 14

Abbau in der RBS

Die mit Milliarden vom Staat getretete Royal Bank of Scotland fordert ein Ende der öffentlichen Kritik. Doch Probleme gibt es weiter. Tausende Mitarbeiter bangen um ihre Arbeitsplätze. Seite 15

Der IWF ist wieder da

Dominique Strauss-Kahn machte kein Geheimnis aus seiner Genugtuung über das Ergebnis des Weltfinanzgipfels in London: „Der IWF ist wieder da“, rief der Direktor. Seite 18

MAN kürzt noch mehr

Der Nutzfahrzeugmarkt kommt zum Erliegen. Die schon schwache Auftragslage hat sich abermals verschlechtert. Und Besserung ist nicht in Sicht. Der Industriekonzern MAN weitet deshalb die Kurzarbeit aus. Seite 19

TMD kann weitermachen

Der in Schiefelage geratene Autozulieferer TMD Friction aus Leverkusen hat neue Eigentümer. Der Finanzinvestor Pamplona Capital übernimmt den führenden Hersteller von Bremsbelägen. Seite 19

Aus dem Haus gejagt

Den Anbietern von Fertighäusern setzt der Wegfall der Eigenheimzulage zu. Jetzt wird ihr Geschäft durch den Abschwung unberechenbar. Sie stecken in einer Doppelkrise. Seite 20

Einzelkämpfer am Limit

Als Rennfahrer hat Nikolaus Lauda gelernt, mit Siegen und Rückschlägen zu leben. Hürdenreich ist sein Leben auch danach geblieben. Beilage Beruf und Chance. Seite C 3

Hongkong und Macao entgehen Steueroasen-Liste

Bundesstaat Delaware fehlt ebenso / OECD sieht dennoch Fortschritte

chs./hmk. PARIS/PRAG, 3. April. Aus dem diplomatischen Gezerre um die Listen der Steuerparadiese geht ein Land als Sieger hervor: China. Im Gegensatz zur OECD-Liste vor dem Londoner Gipfeltreffen tauchen die Sonderverwaltungsgebiete Hongkong und Macao nun gar nicht namentlich als Steuersünder auf. China hat in London die Streichung dieser Regionen durchgesetzt, denn sie sind wichtige Finanzplätze für den Bezug internationalen Kapitals. Das spiegelt das gewachsene Gewicht Chinas wider.

Die OECD veröffentlichte am Donnerstagabend drei Listen: eine schwarze Liste jener Länder, die zu überhaup keinen Abkommen über den steuerlichen Informationsaustausch bereit sind; eine graue Liste jener Hoheitsgebiete, die die Unterzeichnung solcher Abkommen versprochen haben, sowie eine weiße Liste von Ländern, die heute schon die OECD-Steuerstandards weitgehend akzeptieren. Mitte März standen Hongkong und Macao noch auf der grauen Liste der Länder, die lediglich Versprechen gemacht haben. Nun aber werden sie namentlich gar nicht mehr erwähnt. Stattdessen steht China auf der weißen Liste – mit der Fußnote, dass seine Sonderverwaltungsgebiete von dieser Beurteilung „ausgeschlossen“ seien.

Vor allem Frankreich und Deutschland hatten auf eine Veröffentlichung einer oder mehrerer Listen gedrängt – gegen den Widerstand von China. Das Risiko, sich am Ende auf gar keine Aufstellung einigen zu können, wollten die beiden Staaten aber nicht eingehen. Besonders Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy war auf einen Ausgleich bedacht, weil sich das Verhältnis zwischen Paris und Peking zuletzt stark eingetrübt hat. Sarkozy und Bundeskanzlerin Angela Merkel lenkten daher um den Preis einer unvollständigen Liste ein.

Auch die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Bundesstaat Delaware oft als Steuerparadies bezeichnet wird, sind jeder Kritik durch die Liste entgangen. Das ärgert den luxemburgischen Premierminister Jean-Claude Juncker. Er kritisierte am Freitag beim Treffen der EU-Finanzminister in Prag den OECD-Generalsekretär Angel Gurría. Dass die OECD eine Liste veröffentlichte, auf der Luxemburg, Bel-



Über vielen Steueroasen weht demnächst ein schärferer Wind. Foto Bloomberg

gien, Österreich und der Schweiz – vier OECD-Mitglieder – stunden, ohne sie zu konsultieren, sei ein Problem, sagte Juncker. Das OECD-Sekretariat arbeitet seit Monaten im Auftrag der G 20 an den Steuerlisten, ohne den OECD-Rat als höchstes Entscheidungsorgan einzubeziehen, denn darin haben alle Mitglieder, also Luxemburg, die Schweiz, Österreich und Belgien ein Vetorecht.

Ob ein Land auf der weißen oder grauen OECD-Liste steht, hängt von der Zahl der Steuerabkommen ab. Wer zwölf oder mehr Abkommen unterzeichnet hat, steht auf der weißen Liste, erläutert der Steuerexperte Jeffrey Owens. Qualitative Aspekte würden dabei auch berücksichtigt. Die britischen Hoheitsgebiete Jersey und Guernsey seien von der Liste der Steueroasen entlernt worden, weil sie kürzlich neue Abkommen abgeschlossen hatten, heißt es. Die OECD will nun kontrollieren, ob die zahlreichen Versprechen umgesetzt werden; nicht zuletzt gelte das für Hongkong und Macao. „Das ist der Anfang eines Prozesses“, sagt Owens.

Die Organisation weist daraufhin, dass die OECD-Standards keine sogenannten „Fischzüge“ für Steuerbehörden erlauben. Ein Land solle nur dann zu Amtshilfe und Informationsaustausch bereit sein, wenn ein anderes Land einen begründeten und spezifischen Verdacht auf Steuerhinterziehung oder -betrug habe. Es sei nicht gerechtfertigt, dass ein Land beispielsweise Steuerdokumente aller seiner Staatsangehörigen anfordere, die in einem anderen Land wohnen. Owens begrüßte es, dass nun auch internationale Organisationen wie die Osteuropa-Bank (EBRD), die Weltbank-Organisation IFC oder die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) ihre langjährige Praxis überprüfen, einen Teil ihres Geldes in Steueroasen anzulegen. Auch würden bilaterale Entwicklungshilfefähigkeiten in dieser Hinsicht überprüft. Steuerwettbewerb sei in dem vom G-20-Gipfel gesetzten Rahmen weiterhin möglich, sagte Owens. „Doch der Wettbewerb funktioniert nur richtig, wenn auch Transparenz herrscht.“ Die Beibehaltung von Bankgeheimnissen sei trotz der Bereitschaft zum Informationsaustausch möglich.

G 20 Für eine offene Weltwirtschaft auf den Prinzipien des Marktes, Seite 12

Reformen nach dem Gipfel

Von Bettina Schulz, London

Auf dem Londoner Gipfeltreffen der G-20-Gruppe scheuten sich die Regierungschefs nicht, ihr Treffen als „historisch“ zu beschreiben. Dieses Mal war das schon durch den Anlass gerechtfertigt: Die Welt muss seit Herbst vergangenen Jahres erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg eine systemische Bankenkrise und einen völligen Kollaps der Kreditmärkte verhindern. Krisen an den Kreditmärkten haben wegen ihrer Bedeutung für die gesamte Wirtschaft schwerwiegende Folgen für Haushalte, Unternehmen und Staaten – das zeigt sich jetzt in der ersten globalen Rezession seit der Nachkriegszeit. Es war daher durchaus notwendig, dass sich die Regierungschefs der Welt zusammengerufen haben, um eine grundlegende Reform der bisherigen Finanzmarktregeln anzustoßen.

Wer das Abschlusskommuniqué und die Deklaration der Regierungschefs liest, mag jedoch zunächst erstaunt sein. Es besteht aus wortgewaltigen Erklärungen und klug formulierten Versprechen. Die Einzelinteressen der Länder und ihre Angst vor einem Verlust politischen Einflusses auf ihren eigenen Märkten sind deutlich zu erkennen. Was heißt es schon, dass Hedge-Fonds-Manager registriert werden sollen? Die britischen Hedge-Fonds-Manager beispielsweise sind schon alle registriert. Das aber bedeutet nicht automatisch, dass sie auch beaufsichtigt werden. In den Vereinigten Staaten ist ein Großteil der Hedge-Fonds deswegen nicht erfasst, weil sie angeblich zu klein sind: daher offenbar der Zusatz der G-20-Deklaration, dass die Registrierung „gegebenfalls“ von einer Mindestgröße abhängt. Es wird betont, alle „systemisch wichtigen“ Finanzinstitute sollten reguliert und beaufsichtigt werden und zwar auch systemisch wichtige Hedge-Fonds. Niemand aber sagt, was „systemisch wichtig“ heißt. Die Londoner City ist der Ansicht, Hedge-Fonds seien dies nicht. Die größten Hedge-Fonds der Welt, wie die MAN Group, sind zudem ohnehin börsennotiert und unterliegen allein deshalb schon kompletter Aufsicht. So ist es bei vielen Regulierungsthemen. Im Detail sind Schlupflöcher zu erkennen. Hier werden die Finanzplätze und die Lobbyisten jetzt ansetzen, damit ihr Geschäft in der weiteren Ausgestaltung der Reformen nicht zu sehr eingeschränkt wird.

Aber es wäre falsch zu glauben, die Finanzwelt stemme sich grundsätzlich gegen eine Reform der Regeln. Viele Bankenvorstände, Hedge-Fonds-Manager und Vertreter von Aufsichtsbehörden und Notenbanken sind schockiert über das Finanzdesaster. Stanley Fink, der den weltgrößten Hedge-Fonds MAN Group aufgebaut hat und seit Jahren den größten Teil seiner Bonuszahlungen spendet, für-

dert schon lange eine schärfere Aufsicht, weil Fälle wie der Madoff-Betrug die ganze Branche in Misskredit bringen. Bankenvorstände haben kein Interesse daran, dass Geld- und Kreditmärkte zusammenbrechen, ihre Institute unter Milliardenbelastungen straucheln, sie Tausende Mitarbeiter entlassen und ihrer Kundschaft den Geldhahn zudrehen müssen.

Es liegt daher im Eigeninteresse der Banken, Hedge-Fonds, Aufsichtsbehörden, Notenbanken und Politiker, dass die Mängel des Systems ausgeräumt werden. Hier gibt es sehr wichtige Erkenntnisse, die die G-20 aufge-

griffen haben und die nun, in jahrelanger, hochtechnischer Spezialistenarbeit auf Fachebene in neue Regelwerke umgesetzt werden müssen. So war es ein Trugschluss zu glauben, dass das ganze Bankensystem sicher sei, wenn jede einzelne Bank sorgfältig beaufsichtigt werde. Daher werden nun – erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg – Organisationen explizit damit beauftragt, die systemischen Risiken der Finanzwelt auf Korn zu nehmen.

Auch ist erkannt worden, dass die Vorschriften über die Eigenkapitalunterlegung, Risikoberechnung und Bilanzierung in guten Zeiten dazu geführt haben, dass das Geschäft der Banken aufgebläht wurde – mit entsprechenden Konsequenzen für die Berechnung der Boni. In schlechten Zeiten aber drehte sich genau diese Spirale umso schneller nach unten: Der Gipfel hat deshalb Aufträge und Fristen gesetzt, bis zu denen das System so geändert werden soll, dass es einer Überhitzung an den Märkten künftig entgegensteuert und Marktteilnehmer zwingt, für schlechte Zeiten vorzusorgen.

Dass sich Regierungschefs Blick auf die Finanzaufsicht auf 47 Details und Reformansätze geeinigt haben, macht Mut. Über Jahre wurde – gerade in der angelsächsischen Welt – die These vertreten, dass die Märkte effizient seien, Übertriebungen korrigiert und schlechte Marktteilnehmer und Produkte dem Markt zum Opfer fallen würden; dass sich also Regulierung und Aufsicht nur auf einen groben Rahmen beschränken müssten. Diese Zeit ist vorbei. Banker haben kein Interesse daran, in einem System zu arbeiten, das auf falschen Annahmen basiert. Das ist zu gefährlich. Allein deshalb darf die Welt diesmal hoffen, dass die vagen Formulierungen der G-20 tatsächlich in handfeste Reformen umgesetzt werden.

Die graue und schwarze OECD-Liste der Steueroasen

Länder und Gebiete, die versprochen haben, den OECD-Standard umzusetzen, dies aber noch nicht getan haben (in Klammern steht die Zahl der Steuerabkommen mit anderen Ländern)

- Andorra (0)
- Anguilla (0)
- Antigua und Barbuda (7)
- Aruba (4)
- Bahamas (1)
- Bahrain (6)
- Belize (0)
- Bermuda (3)
- Britische Jungferninseln (3)
- Cayman Inseln¹⁾ (8)
- Cook Inseln (0)
- Dominica (1)
- Gibraltar (1)
- Grenada (1)
- Liberia (0)

- Liechtenstein (1)
- Marshall Inseln (1)
- Monaca (1)
- Montserrat (0)
- Nauru (0)
- Niederländische Antillen (7)
- Niue (0)
- Panama (0)
- St. Kitts und Nevis (0)
- St. Lucia (0)
- St. Vincent und die Grenadinen (0)
- Samoa (0)
- San Marino (0)
- Türks- und Caicosinseln (0)
- Vanuatu (0)

Andere Finanzzentren

- Österreich (0)
- Belgien (1)
- Brunei (5)
- Chile (0)

- Guatemala (0)
- Luxemburg (0)
- Singapur (0)
- Schweiz (0)

Länder, die den OECD-Standard verweigern

- Costa Rica (0)
- Malaysia (0)
- Philippinen (0)
- Uruguay (0)

¹⁾ Die Cayman Inseln haben Gesetze erlassen, die den Steuer-Informationsaustausch mit elf Ländern erlauben. Die OECD prüft diese Gesetze.

China gehört nun zu den Ländern, die den OECD-Steuerstandard weitgehend umgesetzt haben, allerdings ohne Sonderverwaltungsgebiete, die versprochen haben, den OECD-Standard umzusetzen.²⁾ Damit sind Hongkong und Macao gemeint, sie werden von der OECD aber nicht namentlich genannt.

²⁾ Die OECD ist die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

FIRMENINDEX

Bank of America	20
BASF	18
Bayer	18
BMW	13
ABN Amro	20
Aldi	19
Apple	20

Daimler	13
Deutsche Lufthansa	18
Gate Global Alternative Energy	18
Gerresheimer	18
HBOS	20
Helaba	18
Hypo Real Estate	20

IKB	15
Landesbank Hessen-Thüringen	18
Lidl	19
Lloyds Bank	20
MAN	19, 20
Merrill Lynch	20
Micron Technology	18

Opel	13
Pamplona Capital	19
Research in Motion	14, 20
Royal Bank of Scotland	15, 20
Sinn Leffers	18
TMD Friction	19
UBS	15

„Für eine offene Weltwirtschaft auf den Prinzipien des Marktes“

Die Staatschefs der G 20 haben sich zu einer Wirtschaftsstruktur bekannt, die einer Sozialen Marktwirtschaft im Weltmaßstab entspricht.

bf. FRANKFURT, 3. April. Auf dem Gipfeltreffen in London haben die Staats- und Regierungschefs der 20 wichtigsten Länder der Erde (G 20) am Donnerstag eine umfangreiche Erklärung verabschiedet. Das Dokument listet auf neun Seiten in 29 Punkten politische Zusagen zur Überwindung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf sowie Reformen des Weltfinanzsystems.

In der Einleitung bekennen sich die Politiker aus so unterschiedlichen Ländern wie den Vereinigten Staaten, Frankreich, Russland, China und Indien zu einer marktwirtschaftlichen Organisation der Weltwirtschaft. Grundlage für wachsenden Wohlstand sei „eine offene Weltwirtschaft, die auf den Prinzipien des Marktes, wirksamer Regulierung und starken globalen Institutionen beruht“, heißt es da. Im Mittelpunkt allen Bemühens müssten dabei aber die Bedürfnisse der „hart arbeitenden Familien“ in reichen und armen Ländern stehen sowie der künftigen Generationen. „Unser Ausgangspunkt ist die Überzeugung, dass das Gedeihen der Wirtschaft unteilbar ist“ – also allen Mitglie-

dern der Gesellschaft zukommen muss. Das lässt sich wie ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft im Weltmaßstab lesen, wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel gefordert hatte.

Zu den weiteren Punkten der Abschlussklärung zählt:

■ Den internationalen Organisationen wie Internationalen Währungsfonds (IWF) und Entwicklungsbanken werden zusätzlich 1,1 Billionen Dollar zur Verfügung gestellt, die sie als Kredite vergeben können, um die Weltwirtschaft zu stabilisieren. Die G-20-Länder wollen über Konjunkturprogramme bis Ende 2010 insgesamt 5 Billionen Dollar in die Wirtschaft pumpen. Das soll die Wirtschaftsleistung um 4 Prozent steigern – und „den Übergang zu einer grünen Ökonomie beschleunigen“. Möglicherweise wird die Krise somit tatsächlich als Chance begriffen, nämlich zu einer Wende zugunsten des globalen Klimaschutzes.

■ Alle Teilnehmer haben sich verpflichtet, die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte sowie von Preisstabilität sicherzustellen. Dazu sollen glaubwürdige Strategien entwickelt werden, die derzeitigen Notmaßnahmen wieder zurückzunehmen und zu neutralisieren. Das soll die weitverbreiteten Sorgen dämpfen, dass es angesichts enorm steigender Staatsschulden und „aufgepumpter“ Geldmengen in einiger Zeit zu starker Inflation kommt.

■ Die G-20-Länder geloben, bei allen po-

litischen Entscheidungen die Interessen der anderen Länder zu beachten und keinen Abwertungswettlauf zuzulassen. Alle wollen sich der Überwachung des Weltwährungsfonds unterwerfen; das ist ein Zugeständnis der Amerikaner, die sich solch einer Überwachung bislang entzogen hatten.

■ Die G 20 kündigen an, die Regeln für das Finanzgewerbe zu verschärfen und die Aufsichtsbehörden zu stärken. Die Länder wollen zusammenarbeiten, um die Regeln international aufeinander abzustimmen. Die neue Finanzarchitektur soll unter anderem sicherstellen, dass die Regeln das Auf und Ab an den Finanzmärkten nicht verstärken, sondern dämpfen; und dass sie exzessive Risikobereitschaft dämpfen.

■ Zur Umsetzung dieser Ziele wird ein „Financial Stability Board“ (FSB) geschaffen, dem Vertreter der G 20 und anderer Organisationen angehören. Der FSB soll ein Frühwarnsystem aufbauen. Er soll alle systemisch wichtigen Finanzinstitute, -instrumente und -märkte überwachen, darunter erstmals auch große Hedge-Fonds. Diese Fonds sollen zum Beispiel auch Informationen über die Höhe ihres Kredithebelns geben. Diese „allumfassende Überwachung“ entspricht einer Forderung, die die Bundesregierung früh erhoben hatte.

■ Das FSB soll strenge Prinzipien für die Entlohnung von Bankmitarbeitern entwickeln. Erfolgshonorare müssen berücksichtigt, das Risiko erst langfristig eintreten können.

■ Die Eigenkapitalvorschriften für Banken sollen künftig einem „exzessiven“ Einsatz von Fremdkapital vorbeugen.

■ Die G-20 kündigen Maßnahmen gegen „nicht-kooperative Jurisdiktionen, einschließlich Steuerparadiesen“ an. „Wir sind bereit, Sanktionen zu ergreifen, um unsere öffentlichen Finanzen und Finanzsysteme zu schützen. Die Ära des Bankgeheimnisses ist vorbei.“ Das entspricht einer Forderung, die Finanzminister Peer Steinbrück früh und vehement verfochten hatte. Hinter der Einmütigkeit – deren Praxistest noch aussteht – steht auch, dass alle Länder ihre Steuereinnahmen erhöhen müssen, um den Zins auf ihre erhöhten Staatsschulden bedienen zu können.

■ Die Organisationen, die Rechnungslegungsstandards setzen, werden aufgefordert, Fragen rund um die Bewertung und Abschreibung von Vermögenspositionen rasch zu klären und ein globales Rechnungslegungssystem zu entwickeln.

■ Kreditbewertungsagenturen sollen künftig einer Aufsicht unterworfen werden: Insbesondere soll vorgebeugt werden, dass sie künftig Interessenkonflikten unterliegen. Das ist eine Anspielung auf den Vorwurf, dass die Agenturen im Vorlauf zur Krise Investmentbanken zunächst gegen Gebühren bei der Strukturierung von Subprime-Hypothekenanleihen beraten hatten und diesen Papieren anschließend Bestnoten verliehen – die sich in der Krise als viel zu gut erwiesen.

Bundesrat billigt das Enteignungsgesetz

mas/hpe. BERLIN/MÜNCHEN, 3. April. Der Bund kommt der gewünschten Kontrollmehrheit an dem schwer angeschlagenen Immobilienfinanzierer Freya Real Estate (FRE) näher. Am Freitag billigte der Bundesrat den Gesetzentwurf, mit dem die Grundlage für eine Verstaatlichung geschaffen wird. Er verzichtete darauf, den Vermittlungsausschuss anzurufen, nachdem die Bundesregierung zugesichert hat, einige Forderungen der Länderminister zu erfüllen. Ihre Stabilisierungsmaßnahmen sollen bei der steuerlichen Verlustverrechnung nicht schlechter behandelt werden als der Bankenrettungsfonds Soffin. Der Bund habe Einsicht gezeigt, „die Kavallerie der Länder musste nicht ausreiten“, sagte Baden-Württembergs Finanzminister Willi Stächele (CDU). Das Gesetz enthält neue Instrumente, um dem Staat die Kontrollmehrheit zu sichern. Sie reichen bis hin zur Enteignung als letztem Mittel.

Vor einem möglichen Enteignungsverfahren müssen freiwillige Möglichkeiten geprüft werden. An erster Stelle dürfte ein Übernahmeangebot stehen, in dem ein volumengewichteter Durchschnittspreis zugrunde gelegt wird. Im Falle der FRE-Aktie liegt dieser deutlich unter jenen drei Euro je Aktie, die der amerikanische Großaktionär Christopher Flowers fordert. Danach könnte eine Hauptversammlung einberufen werden, auf der die HRE-Aktionäre dem Bund zur Kontrollmehrheit verhelfen müssen. Geplant ist in dem Fall ein Kapitalschnitt: Die Zahl der HRE-Aktien würde verringert, die Altaktionäre übernehmen die Verluste. Die neuen Aktien würden nur vom Soffin gezeichnet, so dass der Bund bis zur Anteilschwelle von 90 Prozent aufstocken und die Altaktionäre herausdrängen könnte.

HRE-Großaktionär Flowers, dessen Fonds noch mit mehr als 20 Prozent an der HRE beteiligt ist, will sich nicht herausdrängen lassen. „Es ist für uns unverständlich, warum die HRE und ihr Aktionäre nicht genauso behandelt werden wie andere systemisch relevante deutsche Banken, die staatliche Hilfe benötigen“, sagte Flowers am Freitag. Er erwägt rechtliche Schritte. Der Bund hat sich in einem ersten Schritt mit 8,7 Prozent an dem hochverschuldeten Immobilienfinanzierer beteiligt. Zudem bürgt der Bund mit 87 Milliarden Euro für die HRE. Finanzstaatssekretärin Nicolette Kressl (SPD) bekräftigte im Bundesrat, die Übernahme von HRE durch den Staat sei zum Schutz der Steuerzahler notwendig.

Liquiditätsspritzen der G 20 belasten die Haushalte zunächst kaum

IWF-Mittel werden aus Währungsreserven aufgestockt / Deutscher Beitrag ungefähr 20 Milliarden Dollar

mas/hmk.ctg./pwe. BERLIN/PRAG/WASHINGTON/TOKIO 3. April. Obwohl die Staats- und Regierungschefs der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer den Entwicklungsländern mehr als eine Billion Dollar für Investitionen in den nächsten Jahren zugesagt haben, belastet dies die Haushalte der Geberländer, auch den deutschen Bundeshaushalt, zunächst kaum. Die Möglichkeiten des IWF zur Kreditvergabe sollen von derzeit 250 Milliarden Dollar auf zunächst 500 und später auf 750 Milliarden Dollar aufgestockt werden. Das Geld hierfür wird aus den Währungsreserven der Mitgliedsländer kommen. Die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken erhalten 100 Milliarden Dollar. Hinzu kommen Bürgschaften und andere Liquiditätshilfen in Höhe von rund 250 Milliarden Dollar, um den Handel der ärmeren Länder zu stützen.

Die Erhöhung der IWF-Ressourcen um 250 Milliarden Dollar im ersten Schritt teilen sich Japan, das 100 Milliarden Dollar beisteuert, die Europäische Union (EU), von der 105 Milliarden Dollar kommen, und China. Der europäische Beitrag von 105 Milliarden Dollar werde unter den EU-Staaten nach dem Schlüssel der

bisherigen Beteiligung am Stammkapital des IWF aufgeteilt, sagte EU-Wirtschafts- und Regierungskommissar Joaquín Almunia in Prag. Damit müsste Deutschland den größten Anteil übernehmen, vor Frankreich, Großbritannien und Italien. Deutschland hat derzeit einen Anteil von knapp 6 Prozent am Kapital und damit an

Dominique Strauss-Kahn, der heimliche Hauptdarsteller.
Seite 18

den Stimmrechten des IWF, die EU insgesamt hat 31,5 Prozent IWF-Quote. Deutschland müsste also etwas weniger als ein Fünftel des europäischen Beitrags von 105 Milliarden Dollar übernehmen. Wie Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) erläuterte, wird die Bundesbank dem IWF Währungsreserven zur Verfügung stellen, um diese Ressourcen aufstockung zu finanzieren. Ob und in welchem Maß der Bundeshaushalt durch Kapitalaufstockung der multilateralen Entwicklungsbanken belastet sein wird, sei noch zu prüfen.

Die japanische Zusage an den IWF ist nicht neu. Der Großteil des japanischen Beitrags steht schon seit November 2008 fest. Damals hatte Ministerpräsident Taro Aso auf dem Gipfeltreffen in Washington dem IWF einen Kredit von 100 Milliarden Dollar zugesagt. Schon im Februar hatten der Fonds und Japan einen entsprechenden Vertrag unterzeichnet. Japan greift für den Kredit auf seine Währungsreserven zurück, und Aso ist stolz, dass dem japanischen Vorbild andere Staaten nun gefolgt sind.

Beteiligen wird das Land sich auch an der Initiative zur Finanzierung des internationalen Handels. Japan garantiert dazu zusätzliche Kredite und Handelsvertragsausfallbürgschaften bis zu 22 Milliarden Dollar. Der Staatshaushalt wird durch diese Zusagen nicht direkt belastet. Die zusätzlichen Kredite von bis zu 6 Milliarden Dollar werden über eine staatliche Forderbank abgewickelt, die sich selbst über eigene – staatlich abgesicherte – Anleihen finanziert. Die Ausfallbürgschaften von bis zu 16 Milliarden Dollar werden nur fällig, wenn die abgesicherten Handelsverträge platzen. Nicht bekannt ist bislang, wie Japan den absehbar höhe-

ren Kapitalbeitrag zur Asiatischen Entwicklungsbank finanzieren wird.

Die Staats- und Regierungschefs haben vereinbart, das Kapital der Bank, das Ende 2007 etwa 56 Milliarden Dollar betrug, zu verdreifachen. Auf Japan – wie auch auf die Vereinigten Staaten – kommt damit eine Finanzierungslast von knapp 17,5 Milliarden Dollar zu, wenn sein Kapitalanteil von 15,6 Prozent konstant bleibt.

Wichtigste Quelle des IWF für die Vergabe von Krediten sind die Kapitalanteile seiner 185 Mitgliedsländer. Sie belaufen sich derzeit auf rund 200 Milliarden Dollar. Hinzu kommen rund 50 Milliarden Dollar aus zwei besonderen Kreditvereinbarungen, den General Arrangements to Borrow (GAB) und den New Arrangements to Borrow (NAB), die der IWF mit einem kleineren Kreis von Ländern geschlossen hat, zu dem auch Deutschland zählt. Die beschlossene Aufstockung der IWF-Ressourcen bezieht sich auf diese besonderen Kreditvereinbarungen. Das bedeutet, dass die jeweiligen Notenbanken – im Fall Deutschlands die Bundesbank – dem Fonds einen höheren Kredit einräumen werden. Derzeit beläuft sich die Kreditlinie der Bundesbank an den IWF auf

rund 3,9 Milliarden Dollar. Der Fonds kann das Geld dann an Mitgliedsländer verleihen, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden. Voraussetzung für einen Rückgriff auf die GAB und NAB ist allerdings, dass die Mittel des Fonds aus den Kapitalanteilen erschöpft sind. Das ist bisher nicht der Fall. Außerdem ist Bedingung für eine Aktivierung dieser besonderen Kreditvereinbarungen, dass eine Mehrheit von Mitgliedern zustimmt, die zusammen mindestens 80 Prozent des gesamten Kreditrahmens vertritt.

Finanzielle Nachteile haben die Bundesbank und andere Zentralbanken zunächst nur insofern, als die Kredite an den IWF niedriger verzinst sind als Währungsreserven, die zum Beispiel in Form von amerikanischen oder britischen Staatsanleihen gehalten werden. Das könnte den Bundesbankgewinn schmälern, der jährlich an das Finanzministerium überwiesen wird. Mögliche Verluste des IWF aus dem Kreditgeschäft – beispielsweise wenn ein Land das Darlehen nicht zurückbezahlen kann – würden letztlich anteilig die Geberländer tragen.

Rezession kostet Amerika 5 Millionen Arbeitsplätze

WASHINGTON, 3. April (Reuters). Der Stellenabbau in Amerika hat sich im März überraschend kräftig beschleunigt. Insgesamt fielen 663 000 Arbeitsplätze weg, wie das Arbeitsministerium am Freitag mitteilte. Im Vormonat war der Stellenabbau mit 651 000 etwas geringer. Seit Beginn der Rezession im Dezember 2007 sind bereits mehr als 5 Millionen Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten weggefallen, ungefähr zwei Drittel davon in den vergangenen fünf Monaten. Die meisten Analysten hatten für März weniger Verluste erwartet. Die Arbeitslosenquote erreichte mit 8,5 Prozent den höchsten Stand seit 1983. „Dieser Bericht wird die Verbraucher bis ins Mark erschüttern, und wenn sie ihr Geld nicht ausgeben, konnte die Rezession noch das ganze Jahr andauern“, sagte Chris Rupkey von der Bank of Tokyo-Mitsubishi UFJ. Im März fielen die meisten Stellen im Dienstleistungsbereich weg. Hier wurden 358 000 Jobs gestrichen. In der Industrie waren es 169 000 weniger Stellen. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt ist entscheidend für die Konsumausgaben.

EU-Vorgaben für Defizitsünder

hmk. PRAG, 3. April. Die Minister der Euro-Gruppe akzeptieren die Vorgaben der EU-Kommission für den Abbau der Haushaltsdefizite von Irland, Griechenland, Frankreich und Spanien. Sie fordern Irland und Griechenland auf, in diesem Jahr mit der Konsolidierung zu beginnen. Die irische Regierung habe zusätzliche Schritte zum Abbau der Schulden angekündigt, sagte der EU-Währungskommissar Joachin Almunia. Dennoch werde das Defizit in diesem Jahr auf 9,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Die Lage in Griechenland soll im Juni noch einmal genau überprüft werden. Der Vorsitzende der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker aus Luxemburg, sagte, die EU müsse so bald wie möglich zur Haushaltskonsolidierung zurückkehren. „Im Augenblick haben wir keine Wahl, aber langfristig kann die EU nicht Schulden mit Schulden und Defizite mit Defiziten bekämpfen“, sagte Juncker. „Irgendwann ist das Ende der Fahnenstange erreicht.“



Profiteur Baugewerbe: Die Bundesregierung stemmt sich mit zwei Konjunkturpaketen gegen die Wirtschaftskrise.

Foto Michael Kretzer

Die Krise kommt bei fast allen an

Ob Selbständige, Angestellte oder Studenten – fast alle sind vom Abschwung betroffen

tion. FRANKFURT, 3. April. Werner Gärtner arbeitet in der Lebensmittelbranche. In einem Unternehmen, das sich auf Markenspirituen spezialisiert hat, ist der Fünfzigjährige leitender Angestellter im Außendienst. Seit die Finanzkrise eine allgemeine Rezession ausgelöst hat, macht sich auch Gärtner Sorgen über seine berufliche Zukunft; gerade der Handel reagiert schnell auf wirtschaftliche Schwankungen. Gärtner ist durch die Krise eines klargestanden: „Heute muss man einfach damit leben, dass es keine Sicherheit mehr gibt“, sagt er.

Sein Unternehmen wollte vor kurzem den Arbeitsvertrag beenden und hatte ihm schon ein Angebot über eine Abfindung gemacht. „Die Finanzkrise macht sich in meinem Leben deutlich bemerkbar“, sagt Gärtner, auch wenn er seinen Arbeitsplatz doch noch behalten konnte – zumindest vorerst. „Wenn die Krise länger anhält, wird die nächste Entlassungswelle nicht lange auf sich warten lassen.“ Auch wenn er in nächster Zeit etwas genauer darauf achten möchte, wofür er sein Geld ausgibt, bleibt Deutschland für ihn ein sehr reiches Land.

Seit einem Jahr schrumpft die Wirtschaft in Deutschland. Seit Herbst geht es rasant abwärts. Nach einer Schätzung der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) wird das Bruttoinlandsprodukt 2009 um mehr als 5 Prozent sinken; die Zahl der Arbeitslosen könnte im kommenden Jahr bis 5 Millionen steigen. „Die Menschen sind durch die Informationsflut, die aus Politik und Wissenschaft zur Finanzkrise kommen, verunsichert“, sagt der Wirtschaftspsychologe Jürgen Smettan vom Berufsverband Deutscher Psychologen (BDP). Die Unsicherheit belastet die Wirtschaft. Ihren Konsum passten die Verbraucher jedoch erst dann an, wenn sich ihr Einkommen tatsächlich verringert – wenn sie arbeitslos werden. „Sind die Leute von der Krise betroffen, fallen sie teilweise in eine richtige Schockstarre, als wäre das Licht ausgegangen“, sagt Smettan.

Inzwischen stemmt sich die Bundesregierung mit zwei Konjunkturpaketen gegen die Krise. Zu den Profiteuren dürfte vor allem das Baugewerbe gehören, denn ein guter Teil des Staatsgelds soll in Bau-

projekte fließen, etwa in die Sanierung von öffentlichen Gebäuden. Benjamin Bayer ist Architekt und arbeitet seit fünf Jahren im Architekturbüro seiner Familie, die dort zwei Angestellte beschäftigt. Für dieses Jahr seien die Auftragsbücher voll, sagt Bayer. Schwierigkeiten haben die Bayers derzeit eher damit, genügend Handwerker für die Umsetzung ihrer Projekte zu finden. „Die haben oft schon andere Aufträge und arbeiten an der Grenze ihrer Kapazitäten. Wir müssen lange suchen“, sagt Bayer.

Solche Luxusprobleme hätte Roland Thießen gerne. Er ist Inhaber einer Maßschneiderei in Frankfurt mit vier Angestellten. Die Krise hat auch seine Branche erwischt. „Wer hat da denn noch Lust, zu einem Schneider zu gehen? Lediglich ‚billig aus China‘ läuft momentan gut“, sagt er. Doch nach dem Staat mag er nicht rufen. Aus dieser Krise müsse er sich auf eigener Kraft herausarbeiten, sagt Thießen. „Die Zukunft der Deutschen liegt im Mittelstand und nicht bei den Bankern“, fügt er hinzu.

Auch Hochschulabsolventen und Studenten leiden unter der Wirtschaftskrise.

Vor einem halben Jahr suchte die Marketingstudentin Theresa Dick einen Praktikumsplatz in der Autoindustrie. Sie stieß auf 900 offene Stellen, die ihrem Suchprofil entsprachen. „Heute sind es noch etwa hundert.“ Die Dreißendwanzigjährige bewarb sich direkt nach ihrem Bachelorabschluss und bekam auch eine Praktikumsstelle beim Autobauer Daimler.

Selbst die Suche nach einem Nebenjob ist für Studenten derzeit schwieriger als zuvor. Das musste Alexander Depke, 21 Jahre alt, erfahren. Der Maschinenbaustudent hatte schon oft in den Semesterferien bei einem Maschinenbauer in der Rhein-Main-Region gearbeitet, normalerweise in Vollzeit. Doch in diesem Jahr darf er nur ein Viertel der sonst üblichen Stunden arbeiten, denn das Unternehmen hat die Angestellten in Kurzarbeit geschickt. Auch Theresa Dick kehrt an die Universität zurück, sie will nach dem Bachelor einen Masterstudiengang in Marketing draufsetzen. Sie hofft, dass nach ihrem Abschluss in eineinhalb Jahren die wirtschaftliche Lage wieder besser sein wird, und bleibt trotz allem optimistisch: „Gute Leute braucht man doch immer.“

Klage abgewiesen

Das Bundesverfassungsgericht hat eine erste Verfassungsbeschwerde gegen das Bankenrettungspaket abgewiesen. Erst müsse der Kläger, ein Aktionär der Commerzbank, vor die Zivilgerichte ziehen, befanden die Karlsruher Richter. Wie diese Zeitung erfahren hat, handelt es sich dabei um einen bekannten Strafverteidiger: den Hamburger Anwalt Gerhard Strate. Er wendet sich gegen das Finanzmarktstabilisierungsgesetz vom vergangenen Oktober. Auf dessen Grundlage hatten Vorstand und Aufsichtsrat der Commerzbank eine Kapitalerhöhung durch den staatlichen Rettungsfonds beschlossen, ohne die Hauptversammlung zu fragen; auch wurde das Bezugsrecht der anderen Anteilseigner auf die neuen Aktien ausgeschlossen. Strate glaubt, nach dem Richterspruch dennoch einen Weg nehmen zu können, allen Eigentümern eine Mitsprache zu sichern. Denn das Verfassungsgericht wies darauf hin, dass der Anwalt zunächst eine Unterlassungs- oder Feststellungsklage am Landgericht hatte einreichen können (Az. 1 BvR 119/09).

jj

Viele Manager befolgen Kodex

hw. FRANKFURT, 3. April. Die meisten deutschen Unternehmen akzeptieren unverbindliche Regeln zur guten Unternehmensführung (Corporate Governance). Widerstand leisten die Unternehmen jedoch gegen niedrigere Abfindungen und einen höheren Selbstbehalt bei Versicherungen für Manager. Dies geht aus Umfragen des Berlin Center of Corporate Governance hervor. Das Institut wird von Unternehmen aus dem deutschen Aktienindex Dax unterstützt. Der Corporate-Governance-Kodex wird von einer Regierungskommission formuliert und ist unverbindlich. Unternehmen müssen aber gemäß Aktiengesetz über die Befolgung des Kodex berichten. Die Akzeptanz des Kodex steige, vor allem bei größeren Unternehmen, sagte Institutsleiter Axel von Werder. Nur etwa die Hälfte der Unternehmen akzeptieren jedoch, dass Abfindungszahlungen nach Übernahmen („Change-of-Control-Klauseln“) auf das 1,5-Fache eines Jahresgehalts gedeckelt werden.